



EUROPA-FACHBUCHREIHE
für rechtliche Bildung

Dr. Lange-Parpart

Notarfachkunde

Familienrecht und Erbrecht

VERLAG EUROPA-LEHRMITTEL · Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG
Düsseldorfer Straße 23 · 42781 Haan-Gruiten

Europa-Nr.: 96746

Autor:

Dr. Stefan Lange-Parpart, Köln

Das vorliegende Buch wurde auf der **Grundlage der aktuellen amtlichen Rechtsschreibregeln** erstellt.

1. Auflage 2012

Druck 5 4 3 2 1

Alle Drucke derselben Auflage sind parallel einsetzbar, da sie bis auf die Behebung von Druckfehlern untereinander unverändert sind.

ISBN 978-3-8085-9674-6

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle muss vom Verlag schriftlich genehmigt werden.

© 2012 by Verlag Europa-Lehrmittel, Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG, 42781 Haan-Gruiten
<http://www.europa-lehrmittel.de>

Umschlaggestaltung: braunwerbeagentur, Stefanie Braun, 42477 Radevormwald
Satz: Typework Layoutsatz & Grafik GmbH, Augsburg
Druck: M. P. Media-Print Informationstechnologie GmbH, 33100 Paderborn

Vorwort

Die **Notarfachkunde** bezieht sich auf einen Ausbildungsberuf, der höchste Anforderungen an die Auszubildenden stellt – sowohl im Hinblick auf den Umfang der Ausbildungsinhalte als auch im Hinblick auf deren Komplexität.

Die Ausbildungsinhalte könnten vielgestaltiger kaum sein. Die angehenden **Notarfachangestellten** müssen über Kenntnisse verfügen in den Bereichen

- Berufsrecht und Beurkundungsrecht
- Grundstücksrecht und Grundstücksverträge
- Familienrecht und Erbrecht
- Handels- und Gesellschaftsrecht
- Vereinsrecht
- Kostenrecht.

Und für dieses „Mammutprogramm“ stehen nicht mehr als drei Ausbildungsjahre zur Verfügung – wohlgemerkt drei Ausbildungsjahre im dualen System, von denen in der Regel wöchentlich drei Tage im Büro und zwei Tage in der Berufsschule absolviert werden.

In der ebenfalls dreijährigen dualen Ausbildung zum **Rechtsanwalts- und Notarfachangestellten** dominieren rechtsanwaltsfachkundliche Inhalte. Notarfachkundliche Inhalte können daneben zwangsläufig nur unter besonderer Schwerpunktsetzung vermittelt werden.

Wer in relativ kurzer Zeit ein so anspruchsvolles Ausbildungsprogramm zu absolvieren hat, ist in besonderem Maße auf **geeignete Ausbildungsliteratur** angewiesen. Geeignete Ausbildungsliteratur in Gestalt von echten Lehrbüchern, die die Bedürfnisse der Auszubildenden in den Mittelpunkt stellen, ist in der Notarfachkunde allerdings rar. Es gibt ohne Zweifel einige sehr gute Bücher. Bei diesen Büchern handelt es sich ganz überwiegend aber nicht um Lehrbücher. Es existieren Handbücher und Arbeitshilfen für die im Notariat bereits tätigen Praktiker mit einer mehr oder weniger großen Berufserfahrung. Und es existieren Bücher zur Prüfungsvorbereitung. Diese bezwecken in erster Linie nicht die Wissensvermittlung, sondern „den letzten Schliff“. Sie richten sich an die Auszubildenden, die das erforderliche Wissen bereits erworben haben. Sie helfen diesen dabei, ihr Wissen für die Prüfung zu ordnen und abrufbar zu machen. Die Wissensvermittlung steht in diesen Büchern nicht im Vordergrund. Deswegen sind auch sie als Ausbildungsliteratur nur bedingt geeignet. Das vorliegende Buch hingegen versteht sich als **echtes Lehrbuch für angehende Notarfachangestellte und für angehende Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte**.

Es ist der **dritte Band einer Lehrbuchreihe**, die sämtliche Inhalte der Notarfachkunde behandeln wird. Er ist dem **Familienrecht** und dem **Erbrecht** gewidmet. Der Schwerpunkt des Buches liegt klar auf den notariellen Urkunden, die in diesen Rechtsgebieten zu fertigen und abzuwickeln sind. Es wird – wie sich dieses in den ersten Teilbänden bewährt hat und wie man es aus der Notariatspraxis kennt – zwischen der inhaltlichen Gestaltung und der Abwicklung dieser Urkunden unterschieden.

Allen Bänden dieser Lehrbuchreihe ist **ein praxisorientierter Ansatz der Wissensvermittlung** gemeinsam: Die Ausbildungsinhalte werden in dem sachlichen Zusammenhang vermittelt, in dem die Auszubildenden in der Praxis mit ihnen konfrontiert werden. Der **Lernzusammenhang** im Buch **entspricht** den aus dem Büro bekannten **Arbeitsabläufen**. Das im Lehrbuch vermittelte Wissen ist ohne weitere Transferleistung für die Praxis verwertbar. Und zu fachlichen Problemen, die bei der praktischen Arbeit im Büro auftreten, können die Auszubildenden ohne weitere Transferleistung im Buch nachlesen.

Der Verfasser dankt dem Verlag für die Ermöglichung des Projekts und die hervorragende Unterstützung.

Köln im Januar 2012

Dr. Stefan Lange-Parpart

Wenn im vorliegenden Buch vom „Notar“ und vom „Notarfachangestellten“ gesprochen wird, so sind damit sinngemäß auch die „Notarin“ und die „Notarfachangestellte“ gemeint. Die Verwendung nur der männlichen Form verfolgt ausschließlich das Ziel besserer Verständlichkeit. Eine Diskriminierung der Frau liegt dem Verfasser fern.

Das vorliegende Buch hat den Bearbeitungsstand 10. Januar 2012.

Teil 1: Familienrecht

Einleitung 12

A. Abstammungsrecht 13

I. Verwandtschaft und Schwägerschaft 13

II. Rechtliche Folgen von Verwandtschaft und Schwägerschaft 15

1. Verwandtschaft 15
2. Schwägerschaft 16

III. Mutterschaft und Vaterschaft im Rechtssinne 16

1. Problemdarstellung 16
2. Mutterschaft im Rechtssinne 17
3. Vaterschaft im Rechtssinne 17

IV. Praxisschwerpunkt: Notarielle Anerkennung der Vaterschaft 19

1. Form 19
2. Errichtung und Inhalt der Urkunde . 19
 - a) Vorprüfung 19
 - b) Inhaltliche Ausgestaltung 20
 - c) Wirksamwerden der Vaterschafts-
anerkennung 21
3. Zustimmungserfordernisse 22
 - a) Zustimmung der Mutter
des Kindes 22
 - b) Zustimmung des anzuerkennenden
Kindes 23
 - c) Zustimmung des Mannes, der im
Zeitpunkt der Geburt des Kindes
mit der Mutter verheiratet ist . . . 23
4. Abwicklung der Urkunde 24

B. Elterliche Sorge 25

I. Begriff der elterlichen Sorge 25

II. Inhaber der elterlichen Sorge 25

1. Elterliche Sorge bei verheirateten
Eltern 25
2. Elterliche Sorge bei nicht
verheirateten Eltern 26
 - a) Grundsatz: Alleiniges
Sorgerecht der Mutter 26
 - b) Ausnahmen:
Gemeinsames Sorgerecht 26

III. Praxisschwerpunkt: Sorgeerklärungen nicht verheirateter Eltern 27

1. Sinn und Zweck einer
Sorgeerklärung 27

2. Form 27
3. Errichtung und Inhalt der Sorge-
erklärung des Kindsvaters 27
 - a) Vorprüfung 27
 - b) Inhaltliche Ausgestaltung 28
 - c) Wirksamwerden der Sorge-
erklärung 29
4. Errichtung und Inhalt der Sorge-
erklärung der Kindsmutter 30
5. Gemeinsame Sorgeerklärung nicht
verheirateter Eltern 31
6. Abwicklung der Urkunde 31

C. Gesetzliche Vertretung von Minderjährigen, Mündeln und Betreuten 33

I. Gesetzliche Vertretung von Minderjährigen 33

1. Notwendigkeit der gesetzlichen
Vertretung von Minderjährigen . . . 33
 - a) Willenserklärungen von
geschäftsunfähigen Minder-
jährigen sind nichtig 33
 - b) Willenserklärungen von
beschränkt geschäftsfähigen
Minderjährigen 33
 - aa) Grundsatz: Schwebende
Unwirksamkeit 33
 - bb) Ausnahmefälle: Wirksame
Willenserklärungen
von Anfang an 34
2. Zur gesetzlichen Vertretung von
Minderjährigen berechnete
Personen 38
 - a) Verheiratete Eltern 38
 - b) Verstorbener Elternteil 38
 - c) Geschiedene Eltern 39
 - d) Nicht verheiratete Eltern 39

II. Gesetzliche Vertretung von Mündeln 40

III. Gesetzliche Vertretung von Betreuten 40

IV. Exkurs: Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung 40

1. Vorsorgevollmacht 40
2. Betreuungsverfügung 42
3. Patientenverfügung 42

V. Beschränkungen der gesetzlichen Vertretungsmacht von Eltern, Vormündern und Betreuern 43

1. Schenkungsverbot	43	f) Wohl des Kindes	60
2. Sonstige gemeinsame Vertretungs- verbote für Eltern, Vormünder und Betreuer	43	g) Wirksamwerden des Adoptions- antrags	60
3. Familien- beziehungsweise betreu- ungsgerichtliche Genehmigung . . .	45	2. Notwendige Einwilligungen zur Adoption	60
VI. Aufgaben zur Wissensüberprüfung .	45	a) Einwilligung des Kindes	60
D. Praxisschwerpunkt:		b) Einwilligung der Eltern des Kindes	60
Unterhaltspflichten zwischen		c) Einwilligung des Ehegatten des Annehmenden	61
Verwandten in gerader Linie . .	48	d) Einwilligung des Ehegatten des Kindes	61
I. Unterhalts-Rechtsverhältnis	48	e) Allgemeine Anforderungen an die notwendigen Einwilligungen . . .	61
II. Bedürftigkeit des Unterhalts- berechtigten	49	3. Beizufügende Unterlagen	62
1. Allgemeine Überlegungen zur Bedürftigkeit	49	4. Wirkungen der Minderjährigen- adoption	63
2. Düsseldorfer Tabelle	50	a) Grundsatz: Volladoption beziehungsweise Adoption mit starker Wirkung	63
III. Leistungsfähigkeit des		b) Ausnahme: Beschränkte Wirkungen der Minderjährigen- adoption	63
Unterhaltsverpflichteten	53	aa) Verwandtenadoption gemäß § 1756 Absatz 1 BGB	63
IV. Notarielle Gestaltung von Verein- barungen zum Kindesunterhalt . .	54	bb) Stiefkindadoption gemäß § 1756 Absatz 2 BGB	65
1. Formerfordernisse	54	III. Volljährigenadoption	69
2. Statischer Unterhalt und dynami- sierter Unterhalt	54	1. Unterschiede zwischen der Minder- jährigenadoption und der Volljährigenadoption in formeller Hinsicht	70
3. Unzulässigkeit eines Verzichts auf Kindesunterhalt für die Zukunft . . .	55	2. Unterschiede zwischen der Minder- jährigenadoption und der Voll- jährigenadoption in inhaltlicher Hinsicht	71
4. Notwendige Korrekturen der Beträge der Düsseldorfer Tabelle „nach oben“	56	3. Wirkungen der Volljährigen- adoption	72
E. Adoption	57	a) Grundsatz: Adoption mit schwacher Wirkung	72
I. Überblick	57	b) Ausnahme: Adoption mit starker Wirkung	73
1. Minderjährigenadoption und Volljährigenadoption	57	IV. Abwicklung der Adoptions- urkunden	73
2. Rechtliche Folgen der Minder- jährigen- und der Volljährigen- adoption	57	Abschließender Fall zum	
3. Notwendigkeit eines Gerichts- beschlusses	57	Abstammungsrecht	73
II. Minderjährigenadoption	58		
1. Adoptionsantrag	58		
a) Antragsberechtigung	58		
b) Geschäftsfähigkeit und Mindest- alter des Annehmenden	59		
c) Form des Antrags	59		
d) Höchstpersönlichkeit	59		
e) Keine Bedingungen und keine Zeitbestimmungen	59		

F. Güterstände	76	G. Ehegatten-Unterhalt	105
I. Überblick	76	I. Überblick	105
1. Bedeutung der Güterstände.	76	II. Trennungsunterhalt und nach-	
2. Überblick über die existierenden		ehelicher Unterhalt	106
Güterstände.	77	1. Unterschiede zwischen Trennungs-	
a) Zugewinngemeinschaft	77	unterhalt und nachehelichem	
b) Wahlgüterstände	78	Unterhalt	106
3. Rechtliche Wirkungen der		2. Tatbestände des nachehelichen	
Güterstände.	79	Unterhalts	107
a) Eigentumsrechtliche Zuordnung		3. Berechnung von Trennungsunterhalt	
der Vermögensgegenstände	79	und nachehelichem Unterhalt	110
b) Beteiligung des einen Ehegatten		a) Bedürftigkeit des Unterhalts-	
am Vermögen des anderen	80	berechtigten	110
4. Vertragsfreiheit und Typen-		b) Leistungsfähigkeit des Unter-	
beschränkung	81	haltsverpflichteten	112
II. Zugewinngemeinschaft	82	III. Notarielle Vereinbarungen	
1. Gütertrennung	82	zum Ehegattenunterhalt	113
2. Verfügungsbeschränkungen gemäß		1. Formbedürftigkeit von Unterhalts-	
§§ 1365, 1369 BGB	83	vereinbarungen	113
3. Zugewinnausgleich bei Beendigung		2. Inhalt einer Unterhalts-	
des Güterstands	85	vereinbarung	113
a) Sinn und Zweck des Zugewinn-			
ausgleichs	85		
b) Durchführung des Zugewinn-			
ausgleichs	86		
III. Gütertrennung	87	H. Versorgungsausgleich	115
IV. Gütergemeinschaft	87	I. Vorsorgende Eheverträge	
1. Überblick	87	und Scheidungsfolgen-	
2. Vermögensmassen	88	vereinbarungen	116
a) Gesamtgut, § 1416 BGB	88	I. Überblick	116
b) Sondergut, § 1417 BGB	90	II. Inhalte des vorsorgenden Ehe-	
c) Vorbehaltsgut, § 1418 BGB	90	vertrages und der Scheidungs-	
3. Vermögensverwaltungs- und		folgenvereinbarung	118
Vertretungsverhältnisse	91	1. Güterstandsrechtliche	
4. Schuldenhaftung	92	Vereinbarungen	118
5. Fazit zur Gütergemeinschaft	93	2. Vereinbarungen über den	
		Ehegattenunterhalt	119
V. Modifizierte Zugewinn-		3. Versorgungsausgleichsrechtliche	
gemeinschaft	94	Vereinbarungen	119
1. Ausschluss der Verfügungsbeschrän-		III. Kernbereichsrechtsprechung	120
kungen der §§ 1365, 1369 BGB	94	IV. Abwicklung von Eheverträgen	123
2. Ausschluss des Zugewinnausgleichs			
nur bei Ehescheidung	95		
3. Herausnahme bestimmter Gegenstän-			
de aus dem Zugewinnausgleich	96		
VI. Übungsfälle zur Güterstandswahl 98		J. Namensrecht	124
VII. Güterrechtsregister	100	I. Ehegatten-Namensrecht	124
VIII. Berechnung des Zugewinnaus-		II. Name des Kindes	125
gleichs	100	1. Name des Kindes bei der Geburt	125
		2. Name des Kindes bei der	
		Adoption	125

Teil 2: Erbrecht

Einleitung	128	b) Eintritt des Nacherbfalls	152
A. Grundbegriffe und Grundprinzipien	129	c) Anwendungsbereich der Vor- und Nacherbfolge	153
I. Erblasser	129	d) Beschränkungen des Vorerben zum Schutz des Nacherben	155
II. Nachlass	129	e) Befreiung des Vorerben von den gesetzlichen Beschränkungen	156
III. Gesamtrechtsnachfolge	130	f) Grenzen der Befreiungsmöglichkeit	157
IV. Vonselbst-Erwerb	130	g) Abschließende Stellungnahme zur Anwendung von Vor- und Nacherbfolge	157
V. Erbe	131	3. Vermächtnis	158
VI. Erbengemeinschaft	132	a) Rechtsnatur des Vermächtnisses	158
VII. Anwendung deutschen Erbrechts	135	b) Inhalt des Vermächtnisses	160
VIII. Zusammenfassung	135	c) Abgrenzung zur Erbeinsetzung	161
B. Gesetzliche Erbfolge	136	d) Vorausvermächtnis	162
I. Überblick über die gesetzliche Erbfolge	136	4. Teilungsanordnung und „Auseinandersetzungsverbot“	163
II. Verwandtenerbrecht	136	a) Teilungsanordnung	163
1. Parentelsystem	137	b) Ausschluss und Erschwerung der Erbauseinandersetzung („Auseinandersetzungsverbot“)	167
2. Stammes- und Liniensystem	139	5. Auflage	168
a) Stammessystem	139	6. Testamentsvollstreckung	170
b) Liniensystem	139	a) Sinn und Zweck der Testamentsvollstreckung	170
3. Repräsentationsprinzip und Eintrittsrecht	140	b) Person des Testamentsvollstreckers	171
a) Erste Erbordnung (Parentel)	141	c) Arten und Inhalt der Testamentsvollstreckung	172
b) Zweite und dritte Erbordnung (Parentel)	141	d) Befugnisse des Testamentsvollstreckers	174
III. Ehegattenerbrecht	143	e) Vergütung des Testamentsvollstreckers	177
1. Grundsätze des Ehegattenerbrechts	143	D. Letztwillige Verfügungen im Überblick	178
2. Erbrechtliche Auswirkungen des Güterstandes	144	I. Arten letztwilliger Verfügungen	178
3. Zeitpunkt des Erbfalls	145	1. Unterscheidung nach der Form der letztwilligen Verfügung	178
C. Gewillkürte Erbfolge	147	2. Unterscheidung nach den Umständen des Zustandkommens der letztwilligen Verfügung	179
I. Gründe für die gewillkürte Erbfolge	147	3. Unterscheidung nach der Bindungswirkung letztwilliger Verfügungen	179
II. Inhalte der gewillkürten Erbfolge	148	4. Unterscheidung nach der Person des Testators	180
1. Erbeinsetzung	148	II. Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen letztwilliger Verfügungen	180
a) Fehlerquelle 1: Zuwendung von Einzelgegenständen	148	1. Testierfähigkeit	180
b) Fehlerquelle 2: Fehlen einer Ersatzerbfolge	149	a) Geistige Behinderung oder Erkrankung	181
2. Anordnung von Vor- und Nacherbfolge	150		
a) Sinn und Zweck der Vor- und Nacherbfolge	150		

b) Lebensalter	181
2. Persönliche Errichtung	182
3. Testierwille	183
4. Kein Verstoß gegen Gesetze und gegen die guten Sitten	184
5. Erfüllung der gesetzlichen Form- erfordernisse	184

E. Letztwillige Verfügungen in notarieller Form 185

I. Errichtung letztwilliger Verfügungen in notarieller Form aufgrund münd- licher Erklärung des Erblassers . . 185

1. Beurkundungsrechtliche Gemein- samkeiten	186
a) Feststellung zur Geschäftsfähigkeit des oder der Beteiligten	186
b) Zuziehung von Zeugen und eines zweiten Notars	186
2. Errichtung des notariellen Einzel- testaments	187
a) Statthaftigkeit des notariellen Einzeltestaments	187
b) Inhalt des notariellen Einzel- testaments	187
3. Errichtung des notariellen gemein- schaftlichen Testaments	189
a) Statthaftigkeit des notariellen ge- meinschaftlichen Testaments . . 189	
b) Inhalt des notariellen gemein- schaftlichen Testaments	190
4. Errichtung des Erbvertrags	193
a) Statthaftigkeit des Erbvertrags. 193	
b) Inhalt des Erbvertrags	194

II. Errichtung letztwilliger Verfügungen in notarieller Form aufgrund Übergabe einer offenen oder ver- schlossenen Schrift 198

III. Bindungswirkung notarieller Ver- fügungen von Todes wegen 199

1. Überblick über die Aspekte der Bindungswirkung	199
2. Bindungswirkung des notariellen Einzeltestaments	200
a) Freies Widerrufsrecht	200
b) Arten des Widerrufs.	201
c) Gesetzliche Auflösungsgründe. 203	
d) Anfechtung des notariellen Einzel- testaments	203
3. Bindungswirkung des notariellen gemeinschaftlichen Testaments. . . 205	

a) Begriff der „wechselbezüglichen Verfügungen“	205
b) Bindungswirkung bei wechsel- bezüglichen Verfügungen.	207
aa) Widerruflichkeit	207
bb) Gesetzliche Auflösungs- gründe	210
cc) Abänderungsbefugnis	211
dd) Anfechtbarkeit	211
c) Bindungswirkung bei anderen als wechselbezüglichen Ver- fügungen	212
4. Bindungswirkung des Erbvertrags 213	
a) Begriff der „vertragsmäßigen Verfügungen“	213
b) Bindungswirkung bei „vertrags- mäßigen Verfügungen“	214
aa) Ausschluss des Widerrufs- rechts	215
bb) Rücktritt vom Erbvertrag . . 215	
cc) Gesetzliche Auflösungs- gründe	216
dd) Abänderungsbefugnis	216
ee) Anfechtbarkeit	217
c) Bindungswirkung bei anderen als wechselbezüglichen Verfügungen	218
d) Rücknahme des Erbvertrags aus der Verwahrung des Notars . . . 218	

IV. Abwicklung letztwilliger Ver- fügungen in notarieller Form . . . 222

1. Registrierung der letztwilligen Ver- fügung im Zentralen Testaments- register	222
a) Übersicht über die registrierungs- pflichtigen Vorgänge	222
b) Sinn und Zweck des Zentralen Testamentsregisters	223
c) Ordnungsgemäße Erfüllung der Registrierungspflicht	224
2. Abwicklung des notariellen Testaments	225
a) Übergabe an das Nachlass- gericht	225
b) Führung der Urkunden- sammlung	226
3. Abwicklung des Erbvertrages . . . 227	
a) Amtliche Verwahrung beim Amtsgericht	227
b) Verwahrung durch den Notar. . 227	
aa) Sinn und Zweck des Erbver- tragsverzeichnisses	227

bb) Inhalt des Erbvertragsverzeichnisses	228	b) Zuständigkeit für die Erteilung eines Erbscheins	246
cc) Führung des Erbvertragsverzeichnisses	229	2. Antragsberechtigung	247
dd) Aufnahme des Erbvertrags in die Urkundensammlung des Notars	229	3. Inhalt des Erbscheinsantrags	247
V. Vergleichende Gegenüberstellung Gemeinschaftliches Testament / Erbvertrag	229	a) Konkrete Antragstellung	247
F. Letztwillige Verfügungen in nicht-notarieller Form	231	b) Sonstiger Inhalt des Erbscheinsantrags	248
I. Relevanz für den Notar und den Notarfachangestellten	231	aa) Gesetzliche Erbfolge	248
II. Ordentliche Testamente	232	bb) Gewillkürte Erbfolge	249
1. Errichtung von ordentlichen Testamenten	232	cc) Gegenüberstellung gesetzliche und gewillkürte Erbfolge	250
a) Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen	232	V. Erbscheine mit Auslandsberührung	254
b) Statthaftigkeit von ordentlichen Testamenten	232	1. Auslandsberührung	254
c) Form von ordentlichen Testamenten	232	2. Besonderheit: Feststellung des anwendbaren Erbrechts	254
d) Inhalt von ordentlichen Testamenten	234	a) Einführung in die Problematik	254
2. Bindungswirkung von ordentlichen Testamenten	234	b) Erblasser ist ausländischer Staatsangehöriger mit oder ohne Auslandsvermögen	255
III. Außerordentliche Testamente	236	c) Erblasser ist deutscher Staatsangehöriger mit Auslandsvermögen	257
G. Eröffnung letztwilliger Verfügungen	238	I. Erbausschlagung	260
I. Sinn und Zweck der Eröffnung letztwilliger Verfügungen	238	I. Sinn und Zweck der Erbausschlagung	260
II. Verfahren zur Eröffnung letztwilliger Verfügungen	238	II. Rechtliche Folgen der Erbausschlagung	261
H. Erbscheinsantrag	240	III. Inhalt der Ausschlagungs-erklärung	263
I. Sinn und Zweck des Erbscheins	240	IV. Form der Ausschlagungserklärung	263
II. Exkurs: Der inhaltlich falsche Erbschein	240	V. Ausschlagungsfrist	265
III. Arten von Erbscheinen	243	VI. Genehmigungspflichtigkeit der Erbausschlagung	266
IV. Erbscheinsverfahren und Inhalt des Erbscheinsantrags	245	J. Pflichtteilsrecht	268
1. Zuständigkeiten	245	I. Pflichtteilsberechtigter Personenkreis	268
a) Zuständigkeit für die Beantragung eines Erbscheins	245	II. Inhalt des Pflichtteilsrechts	269
		III. Höhe von Pflichtteilsansprüchen	272
		IV. Sonderproblem: Großer und kleiner Pflichtteil des überlebenden Ehegatten	274
		K. Verträge den Nachlass betreffend	279
		I. Erbteilsübertragungsverträge und Erbauseinandersetzungsverträge	279

1. Erbteilsübertragungsvertrag	279	III. Vertrag über den Verzicht auf den Erb- und/oder Pflichtteil sowie Zuwendungsverzichtsvertrag	288
a) Gegenstand	279	1. Begriff und Folgen des Erbverzichts.	288
b) Form	280	a) Begriff des Erbverzichts	289
c) Inhalt	280	b) Folgen des Erbverzichts	289
2. Erbauseinandersetzungsvertrag	283	2. Begriff und Folgen des Pflichtteilsverzichts.	290
a) Gegenstand	283	3. Begriff und Folgen des Zuwendungsverzichts.	293
b) Form	284	4. Beurkundungsrechtliche Besonderheiten bei Verzichten	294
c) Inhalt.	285		
3. Ausscheidungsvereinbarung / Abschichtung	287		
II. Erbschafts Kaufvertrag und ähnliche Verträge.	288		

Abkürzungsverzeichnis

Alt.	Alternative (im Gesetzestext)	GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
AZ	Aktenzeichen	GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
BeurkG	Beurkundungsgesetz	GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch	IPR	Internationales Privatrecht
DONot	Dienstordnung für Notarinnen und Notare	Kfz	Kraftfahrzeug
Dr.	Doktor	KG	Kommanditgesellschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch	KostO	Kostenordnung
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung	LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
e.V.	(ins Vereinsregister) eingetragener Verein	LS	locus sigili
f	folgender Paragraph	Nr.	Nummer
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	OHG	Offene Handelsgesellschaft
ff	folgende Paragraphen	OLG	Oberlandesgericht
		StGB	Strafgesetzbuch
		UR-Nr.	Urkundenrolle Nummer
		ZPO	Zivilprozessordnung

Teil 1

Familienrecht

Einleitung

Teil 1 dieses Lehrbuchs behandelt das Vierte Buch des Bürgerlichen Gesetzbuchs, das Familienrecht.

Beachte:

Das Bürgerliche Gesetzbuch ist in fünf Teile – in der Gesetzessprache auch „Bücher“ genannt – untergliedert. Diese lauten:

- **Erstes Buch: Allgemeiner Teil**
- **Zweites Buch: Schuldrecht**
- **Drittes Buch: Sachenrecht**
- **Viertes Buch: Familienrecht**
- **Fünftes Buch: Erbrecht**

Das Familienrecht wird nachfolgend nicht umfassend dargestellt, sondern nur insoweit, wie es der Auszubildende für die notarielle Praxis und für seine die Ausbildung abschließende Fachprüfung benötigt.

Das für diese Zwecke benötigte Familienrecht ist im Wesentlichen

- Verwandtenrecht und
- Eherecht.

Zum **Verwandtenrecht** gehören im Einzelnen:

- **S. 13** ■ das Abstammungsrecht (Ziffer A)
- **S. 25** ■ das Recht der elterlichen Sorge (Ziffer B)
- **S. 33** ■ das Recht der gesetzlichen Vertretung von Minderjährigen, Mündeln und Betreuten (Ziffer C)
- **S. 48** ■ das Verwandten-Unterhaltsrecht (Ziffer D)
- **S. 57** ■ die Adoption (Ziffer E).

Zum **Eherecht** gehören im Einzelnen:

- **S. 76** ■ das Recht der Güterstände (Ziffer F)
- **S. 105** ■ das Ehegatten-Unterhaltsrecht (Ziffer G)
- **S. 115** ■ der Versorgungsausgleich (Ziffer H)
- **S. 116** ■ die Ausgestaltung und Abwicklung von vorsorgenden Eheverträgen und von Scheidungsfolgenvereinbarungen (Ziffer I).

- Die Darstellung zum Familienrecht schließt mit einigen kurzen Bemerkungen zum
- **S. 124** ■ **Namensrecht** (Ziffer J). Diese Materie betrifft sowohl das Verwandtenrecht als auch das Eherecht. Das Namensrecht ist für den Notarfachangestellten – von „Adoptionsfällen“ einmal abgesehen – selten relevant.

A. Abstammungsrecht

I. Verwandtschaft und Schwägerschaft

Man unterscheidet die Verwandtschaft in gerader Linie und die Verwandtschaft in der Seitenlinie.

In **gerader Linie verwandt** sind Personen, deren eine von der anderen abstammt (§ 1589 Absatz 1 Satz 1 BGB). In der Alltagssprache versteht man den Begriff der Abstammung im biologischen, genetischen Sinne: Das Kind stammt alltagssprachlich von denjenigen Personen ab, die es gezeugt oder geboren haben. Die Rechtssprache deckt sich in dieser Hinsicht nur teilweise mit der Alltagssprache: So ist Vater im Rechtssinne nicht etwa der biologische Erzeuger des Kindes, sondern derjenige, der bestimmte rechtliche Kriterien erfüllt. Werden diese Kriterien nicht erfüllt, hat das Kind keinen Vater im Rechtssinne, obwohl doch ganz sicher irgendein Mann biologischer Erzeuger des Kindes sein muss. Außerdem wird durch Adoption ein von der Abstammung im biologischen Sinne unabhängiges Abstammungsverhältnis im Rechtssinne begründet.

§ 1589 BGB

→ Begriff der
Abstammung
S. 16

→ Adoption
S. 57

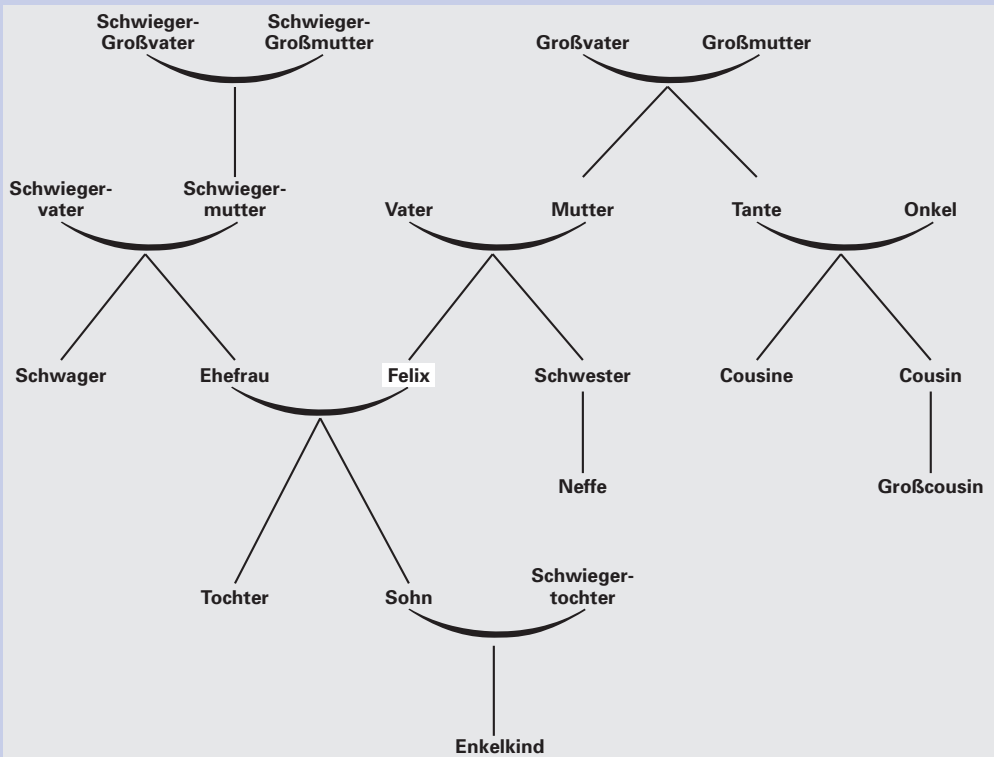
In der **Seitenlinie verwandt** sind Personen, die von derselben dritten Person abstammen (§ 1589 Absatz 1 Satz 2 BGB).

Der Verwandtschaftsgrad bestimmt sich nach der Zahl der das Verwandtschaftsverhältnis vermittelnden Geburten (§ 1589 Absatz 1 Satz 3 BGB).

Die Verwandten eines Ehegatten sind mit dem anderen Ehegatten **verschwägert**. Die Linie und der Grad der Schwägerschaft bestimmen sich nach der Linie und dem Grad der sie vermittelnden Verwandtschaft (§ 1590 Absatz 1 BGB). Das bedeutet: Ein Ehegatte ist mit den Verwandten des anderen Ehegatten in derselben Weise verschwägert, wie der andere Ehegatte mit ihnen verwandt ist.

§ 1590 Absatz 1
BGB

Fallbeispiel zur Bestimmung der Verwandtschaft und der Schwägerschaft



Bestimmen Sie möglichst genau, wie Felix verwandt beziehungsweise verschwägert ist mit

- ☐ seinem Sohn
- ☐ seiner Schwiegertochter
- ☐ seinem Enkelkind
- ☐ seiner Mutter
- ☐ seiner Großmutter
- ☐ seiner Tante
- ☐ seinem „eingeherrateten“ Onkel
- ☐ seiner Cousine
- ☐ seinem Schwiegervater
- ☐ seinem Schwager.

Fall-Lösung: Mit seinem **Sohn** ist Felix in gerader Linie verwandt, denn der Sohn stammt von Felix ab (§ 1589 Absatz 1 Satz 1 BGB). Es handelt sich um ein Verwandtschaftsverhältnis im ersten Grad, denn es kommt unmittelbar durch die Geburt des Sohnes zustande. Weitere das Verwandtschaftsverhältnis vermittelnde Geburten gibt es hier nicht.

Mit seiner **Schwiegertochter** ist Felix überhaupt nicht verwandt. Die Verwandten eines Ehegatten sind allerdings mit dem anderen Ehegatten verschwägert. Die Linie und der Grad der Schwägerschaft bestimmen sich nach der Linie und dem

Grad der sie vermittelnden Verwandtschaft (§ 1590 Absatz 1 BGB). Da der Sohn von Felix mit diesem in gerader Linie verwandt ist, und zwar im ersten Grad, ist die Ehefrau des Sohnes, die Schwiegertochter von Felix, mit diesem in gerader Linie im ersten Grad verschwägert.

Verwandt in gerader Linie ist Felix außerdem mit seinem **Enkelkind**, denn dieses stammt „durch seinen Sohn“ von ihm ab (§ 1589 Absatz 1 Satz 1 BGB), mit seiner **Mutter** und seiner **Großmutter**. Felix stammt nämlich (unmittelbar) von seiner Mutter ab und „durch seine Mutter“ auch von seiner Großmutter. Mit seiner Mutter ist Felix im ersten Grad verwandt, mit seinem Enkelkind im zweiten Grad, denn zur Entstehung dieses Verwandtschaftsverhältnisses bedurfte es zwei vermittelnder Geburten, der des Sohnes und der des Enkelkinds. Mit seiner Großmutter ist Felix aus vergleichbaren Erwägungen ebenfalls im zweiten Grade verwandt.

Mit seiner **Tante** ist Felix ebenfalls verwandt, und zwar in der Seitenlinie. Felix und Tante stammen nämlich nicht voneinander ab, sie stammen aber von derselben dritten Person, nämlich der Großmutter ab (§ 1589 Absatz 1 Satz 2 BGB), und zwar die Tante unmittelbar und Felix „durch seine Mutter“, die Schwester seiner Tante. Felix und Tante sind im dritten Grad verwandt, denn das Verwandtschaftsverhältnis wird durch drei Geburten vermittelt, und zwar durch die Geburt von Felix' Mutter, durch die Geburt seiner Großmutter und schließlich durch die Geburt der Tante.

Mit dem Ehegatten seiner Tante, dem „**eingeheirateten**“ **Onkel**, ist Felix nicht verwandt, sondern verschwägert. Die Linie und der Grad der Schwägerschaft bestimmen sich nach der Linie und dem Grad der sie vermittelnden Verwandtschaft (§ 1590 Absatz 1 BGB). Da Felix mit seiner Tante, der Ehefrau des Onkels, im dritten Grad in der Seitenlinie verwandt ist, ist er mit deren Ehemann, seinem Onkel, im dritten Grad in der Seitenlinie verschwägert.

Mit seiner **Cousine**, der Tochter der Tante, ist Felix – wie sich aus den Ausführungen zur Tante ergibt – im vierten Grad in der Seitenlinie verwandt.

Mit seinem **Schwiegervater** ist Felix in gerader Linie im ersten Grad verschwägert, denn seine Ehefrau ist mit ihrem Vater, dem Schwiegervater von Felix, in gerader Linie im ersten Grad verwandt.

Schließlich ist Felix mit seinem **Schwager**, dem Bruder seiner Ehefrau, in der Seitenlinie im zweiten Grad verschwägert, denn die Ehefrau ist mit ihrem Bruder in der Seitenlinie im zweiten Grad verwandt.

II. Rechtliche Folgen von Verwandtschaft und Schwägerschaft

1. Verwandtschaft

Die Verwandtschaft entfaltet erhebliche rechtliche Folgen in unterschiedlichen Rechtsgebieten.

- Verstorbt jemand ohne Hinterlassung einer letztwilligen Verfügung, so kommt die **gesetzliche Erbfolge** zur Anwendung. Nach dieser erben – neben dem

→ **Gesetzliche Erbfolge**
S. 136

Ehegatten – die nächsten Verwandten. Die im Erbrecht als Erben erster Ordnung bezeichneten Personen sind die Abkömmlinge des Erblassers, also die Personen, die vom Erblasser abstammen und somit mit ihm in gerader Linie verwandt sind. Die im Erbrecht als Erben zweiter Ordnung bezeichneten Personen sind die Eltern des Erblassers (wiederum Personen, die mit dem Erblasser in gerader Linie verwandt sind) und deren Abkömmlinge; diese sind – wie beispielsweise die Schwester des Erblassers oder dessen Nichte – Verwandte in der Seitenlinie.

→ **Pflichtteilsrecht S. 268**

- Verstorbt jemand nach der Errichtung einer letztwilligen Verfügung, so stehen einigen nahen Verwandten – und dem Ehegatten – **Pflichtteilsansprüche** zu, wenn sie in der letztwilligen Verfügung nicht bedacht worden sind. **Pflichtteilsberechtigt** sind die Abkömmlinge des Erblassers und – bei Fehlen von Abkömmlingen – dessen Eltern. Diese Verwandten sind mit dem Erblasser in gerader Linie verwandt; Verwandte in der Seitenlinie sind hingegen nicht pflichtteilsberechtigt.

→ **Unterhalt S. 48**

- Verwandtschaft kann **Unterhaltungspflichten** begründen. Dieses gilt allerdings nicht für in der Seitenlinie verwandte Personen. Nur Verwandte in gerader Linie können unterhaltspflichtig sein.
- Verwandtschaft kann im Zivil- und im Strafprozess zu einem **Zeugnisverweigerungsrecht** führen.
- Verwandtschaft kann auch zum **Ausschluss vom Beurkundungsverfahren** führen. Dem Notar ist die Mitwirkung unter anderen dann untersagt, wenn es sich um Angelegenheiten einer Person handelt, die mit dem Notar in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt ist oder war.

2. Schwägerschaft

Die Schwägerschaft entfaltet im Vergleich zur Verwandtschaft eine eher untergeordnete Bedeutung. Die Schwägerschaft begründet insbesondere kein gesetzliches Erbrecht und erst recht kein Pflichtteilsrecht. Auch Unterhaltungspflichten entstehen nicht. Immerhin kann auch die Schwägerschaft Zeugnisverweigerungsrechte im Zivil- und im Strafprozess begründen. Dem Notar ist die Mitwirkung an einer Beurkundung untersagt, wenn es sich um Angelegenheiten einer Person handelt, die mit dem Notar in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum zweiten Grade verschwägert ist oder war.

III. Mutterschaft und Vaterschaft im Rechtssinne

1. Problemendarstellung

Zentraler Begriff in der Definition der Verwandtschaft ist der Begriff der Abstammung: In gerader Linie verwandte Personen *stammen* voneinander *ab*, in der Seitenlinie verwandte Personen *stammen* von derselben dritten Person *ab*. Es wurde schon erwähnt, dass sich der Begriff der Abstammung im Rechtssinne mit der alltagssprachlichen Bedeutung dieses Begriffs nur teilweise deckt. Der Grund dafür ist darin zu sehen, dass dem Gesetzgeber daran gelegen war, die weit-

reichenden, einschneidenden Rechtsfolgen, die das Bestehen eines Verwandtschaftsverhältnisses auslöst, von möglichst einfachen, klaren und nachprüfbaren Voraussetzungen abhängig zu machen. Die biologische Herkunft einer Person, seine genetische Zugehörigkeit zu seinen Vorfahren erschien dem Gesetzgeber als eine untaugliche, eine zu streitanfällige und eine zu wenig bestimmte Voraussetzung. Deswegen hat sich der Gesetzgeber bemüht, die Abstammung im biologischen, genetischen Sinne in einfache, klare und praxistaugliche Tatbestandsmerkmale zu „übersetzen“.

Und diese Tatbestandsmerkmale sind niedergelegt in § 1591 BGB, in dem die Mutterschaft im Rechtssinne geregelt ist, und in §§ 1592, 1593 BGB, in denen die Vaterschaft im Rechtssinne geregelt ist. Bei dieser „Übersetzung“ hat der Gesetzgeber in Kauf genommen, dass in bestimmten Fällen die genetischen Eltern nicht den Eltern im Rechtssinne entsprechen.

2. Mutterschaft im Rechtssinne

Mutter eines Kindes ist die Frau, die es geboren hat (§ 1591 BGB). Das dürfte im Normalfall auch die Frau sein, von der die befruchtete Eizelle stammt, die genetische, biologische Mutter. Dass es die moderne Fortpflanzungsmedizin möglich gemacht hat, in die Gebärmutter einer Frau die befruchtete Eizelle einer anderen Frau einzupflanzen, spielt für die Bestimmung der Mutterschaft im Rechtssinne keine Rolle. Im biologischen, genetischen Sinne mag in diesem speziellen Fall die Eizellen-Spenderin die Mutter sein; die gebärende Frau ist aber kraft ausdrücklicher gesetzlicher Regelung in § 1591 BGB Mutter im Rechtssinne.

§ 1591 BGB

Beachte:

Eizellen-Spenden sind in der Bundesrepublik Deutschland verboten, im Ausland teilweise aber gesetzlich zugelassen.

3. Vaterschaft im Rechtssinne

Gemäß § 1592 BGB ist Vater eines Kindes der Mann,

§ 1592 BGB

- der zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter des Kindes verheiratet ist,
- der die Vaterschaft anerkannt hat oder
- dessen Vaterschaft [...] gerichtlich festgestellt ist.

Gemäß § 1593 Satz 1 BGB ist Vater eines Kindes auch der verstorbene Ehemann,

§ 1593
Satz 1 BGB

- wenn das Kind innerhalb von 300 Tagen nach dem Tode des Ehemanns geboren worden ist.

Fallbeispiel 1 zur Vaterschaft im Rechtssinne

Paul und Birgit leben seit fünf Jahren in nicht-ehelicher Lebensgemeinschaft zusammen. Jetzt erwarten sie ihr erstes Kind. Sie wollen wissen, ob sie beide als Vater und Mutter des Kindes im Rechtssinne anerkannt werden und, wenn das nicht so sein sollte, was sie dafür tun können.

Fall-Lösung: Birgit wird Mutter des Kindes im Rechtssinne sein, denn sie wird das Kind zur Welt bringen (§ 1591 BGB). Im Rechtssinne wird das Kind aber keinen Vater haben. Vater ist nämlich gemäß § 1592 Nr. 1 BGB der Mann, der zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes mit der Mutter verheiratet ist. Paul und Birgit leben aber in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft. Paul und Birgit haben drei Möglichkeiten zu erreichen, dass Paul Vater des Kindes im Rechtssinne wird: Entweder sie heiraten noch vor der Geburt des Kindes; dann gilt Paul als Vater (§ 1592 Nr. 1 BGB). Oder Paul erkennt die Vaterschaft vor oder nach der Geburt des Kindes mit Zustimmung von Birgit an (§ 1592 Nr. 2 BGB). Die dritte Möglichkeit ist, die Vaterschaft gerichtlich feststellen zu lassen (§ 1592 Nr. 3 BGB in Verbindung mit § 1600d BGB), insbesondere wenn die Mutter des Kindes zu einer Mitwirkung bei der Vaterschaftsanerkennung nicht bereit ist oder wenn die Vaterschaft gegen den Willen des Vaters – beispielsweise zur Geltendmachung einer Unterhaltungspflicht oder eines Erbrechts – festgestellt werden soll.

Fallbeispiel 2 zur Vaterschaft im Rechtssinne

Birgit ist mit Walter unglücklich verheiratet. Nach einem Seitensprung erwartet sie von Paul ein Kind. Birgit und Paul wollen wissen, ob sie beide als Vater und Mutter des Kindes im Rechtsinne anerkannt werden und, wenn das nicht so sein sollte, was sie dafür tun können.

Fall-Lösung: Gemäß § 1592 Nr. 1 BGB gilt der Ehemann der Kindsmutter als Vater des Kindes. Das ist Walter und nicht Paul! Bei § 1592 Nr. 1 BGB handelt es sich allerdings um eine widerlegbare Vermutung. Birgit und Paul müssten zunächst die zugunsten von Walter streitende Vaterschaftsvermutung aus der Welt schaffen, denn die Vaterschaft eines Mannes (Paul) kann erst dann begründet werden, wenn keine andere Vaterschaft (Walter) besteht.

Die gesetzlich vermutete Vaterschaft des Walter wird durch Vaterschaftsanfechtung beseitigt. Die Vaterschaftsanfechtung ist allerdings erst ab der Geburt des Kindes zulässig (§ 1600 b Absatz 2 Satz 1 BGB). Anfechtungsberechtigt ist Birgit als Mutter des Kindes (§ 1600 Absatz 1 Nr. 3 BGB). Paul ist als biologischer Vater nur dann anfechtungsberechtigt, wenn keine sozial-familiäre Beziehung zwischen dem Kind und der Person besteht, dessen Vaterschaft gesetzlich vermutet wird (Walter). Der Vollständigkeit sei hinzugefügt, dass auch die Person, dessen Vaterschaft gesetzlich vermutet wird (Walter), die Vaterschaft anfechten könnte (§ 1600 Absatz 1 Nr. 1 BGB). Gemäß § 1599 Absatz 1 BGB gilt die hier für Walter streitende Vaterschaftsvermutung nicht, wenn aufgrund einer Anfechtung rechtskräftig festgestellt ist, dass der Mann nicht der Vater des Kindes ist.

Ist die Vaterschaftsvermutung zugunsten von Walter durch Anfechtung beseitigt, so ist der Weg für die Feststellung von Pauls Vaterschaft frei. Diese kann entweder durch gerichtliche Vaterschaftsfeststellung (§ 1592 Nr. 3 BGB) erfolgen oder – einfacher – durch notarielles Vaterschaftsanerkennnis des Paul unter Zustimmung der Kindsmutter (§ 1592 Nr. 2 BGB). Eine etwas verkürzte Lösungsmöglichkeit bietet im vorliegenden Fall § 1599 Absatz 2 BGB an: Die Vaterschaftsvermutung zugunsten von Walter könnte danach – alternativ zur Anfechtung – auch dadurch beseitigt werden, dass Birgit vor der Geburt des Kindes Antrag auf Scheidung der Ehe stellt und ein Dritter (Paul) spätestens bis zum Ablauf eines Jahres

nach rechtskräftigem Scheidungsurteil die Vaterschaft anerkennt (§ 1599 Absatz 2 BGB). Einer Vaterschaftsanfechtung bedarf es dann nicht; allerdings wird bei diesem Vorgehen die Zustimmung des Mannes benötigt, der mit der Mutter im Zeitpunkt der Geburt des Kindes verheiratet war (Walter) (§ 1599 Absatz 2 Satz 2 BGB). Sind die Voraussetzungen des § 1599 Absatz 2 BGB erfüllt, gilt die Vaterschaftsvermutung des § 1592 Nr. 1 BGB ebenfalls nicht.

IV. Praxisschwerpunkt: Notarielle Anerkennung der Vaterschaft

1. Form

Die Vaterschaftsanerkennung bedarf der öffentlichen Beurkundung, § 1597 Absatz 1 BGB. Aus diesem Grunde wird häufig der Notar mit der Anerkennung der Vaterschaft befasst. **§ 1597 Absatz 1 BGB**

Sonstige zur Beurkundung einer Vaterschaftsanerkennung zuständige Stellen sind vor allem:

- Standesämter
- Jugendämter
- Amtsgerichte

2. Errichtung und Inhalt der Urkunde

a) Vorprüfung

➤ Zeitlicher Anwendungsbereich der Vaterschaftsanerkennung

Gemäß § 1594 Absatz 4 BGB ist die Anerkennung der Vaterschaft schon vor der Geburt des Kindes zulässig. Selbstverständlich kann die Vaterschaft aber auch zu einem beliebigen Zeitpunkt nach der Geburt des Kindes anerkannt werden. **§ 1594 Absatz 4 BGB**

Naturgegeben ist die Anerkennung der Vaterschaft vor der Zeugung des Kindes unzulässig. Deswegen sind insbesondere solche Anerkennungen in notariellen Urkunden, die die rechtlichen Verhältnisse anlässlich einer künstlichen Befruchtung („Insemination“) ausgestalten, verfrüht abgegeben und somit rechtlich unwirksam.

➤ Nicht-Bestehen der Vaterschaft eines anderen Mannes

Gemäß § 1594 Absatz 2 BGB ist die Anerkennung der Vaterschaft nicht wirksam, solange die Vaterschaft eines anderen Mannes besteht. Die notarielle Vaterschaftsanerkennung soll nicht als Instrument missbraucht werden können, die bestehende Vaterschaft eines anderen Mannes in Frage zu stellen. Der Notar muss seine Mitwirkung versagen, wenn eine notarielle Vaterschaftsanerkennung gewünscht wird, obwohl ihm bekannt ist, dass die Vaterschaft eines anderen Mannes besteht. Der Notar hat in einem solchen Fall die Beteiligten darauf hinzuweisen, dass zunächst die Vaterschaft des anderen Mannes mit den dafür vorgesehenen Rechtsbehelfen, insbesondere mit der Anfechtung der Vaterschaft, beseitigt werden muss. **§ 1594 Absatz 2 BGB**

→ **Fallbeispiel 2 zur Vaterschaft im Rechtssinne S. 18**

b) Inhaltliche Ausgestaltung

Eine Vaterschaftsanerkennung könnte den folgenden Wortlaut haben. Das bei Beurkundungen von Willenserklärungen übliche Rubrum („Verhandelt in Köln am 23. August 2011“ [...]) ist der abgedruckten Erklärung voranzustellen. Der abgedruckten Erklärung angefügt werden üblicherweise Belehrungen über die rechtlichen Voraussetzungen und die Folgen der Vaterschaftsanerkennung. Die Urkunde schließt mit dem bei Beurkundungen von Willenserklärungen üblichen Schlussvermerk („Diese Niederschrift wurde dem Beteiligten vom Notar vorgelesen, von ihm genehmigt und von ihm und dem Notar eigenhändig wie folgt unterschrieben“).

Formulierungsbeispiel: Vaterschaftsanerkennung

Ich erkenne an, der Vater des am 1. Juli 2010 in Remscheid geborenen Kindes namens Sven Lehmann zu sein. Die Mutter des Kindes ist Frau Angela Lehmann, geboren am 13. September 1987, wohnhaft in 42119 Wermelskirchen, An der Feuerwache 13. Die Geburt des Kindes ist bei dem Standesamt Remscheid zur Registernummer 125/2010 beurkundet.

➤ Höchstpersönliche Abgabe der Vaterschaftsanerkennung

**§ 1596
Absatz 4 BGB** Bei der Vaterschaftsanerkennung handelt es sich um eine höchstpersönliche Erklärung. Die Vaterschaftsanerkennung durch einen Bevollmächtigten ist unzulässig und unwirksam, § 1596 Absatz 4 BGB.

➤ Geschäftsfähigkeit des Anerkennenden

Die „Höchstpersönlichkeit“ der Vaterschaftsanerkennung wirkt sich auch aus auf die gesetzliche Vertretung von Anerkennenden, die entweder geschäftsunfähig oder die in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind.

**§ 1596
Absatz 1 BGB** In der **Geschäftsfähigkeit beschränkte Personen** können nur selbst anerkennen, § 1596 Absatz 1 Satz 1 BGB. Sie werden also nicht, wie man denken könnte, durch ihren gesetzlichen Vertreter vertreten. Der gesetzliche Vertreter muss der durch den beschränkt Geschäftsfähigen erklärten Anerkennung allerdings zustimmen, § 1596 Absatz 1 Satz 2 BGB.

Fallbeispiel zur Vaterschaftsanerkennung durch beschränkt geschäftsfähige Personen

Der 17-jährige Lars möchte in notarieller Urkunde anerkennen, dass er der Vater seines Sohnes Niklas ist. Kann Lars eine entsprechende Erklärung ohne seine Eltern, seine gesetzlichen Vertreter, abgeben? **Fall-Lösung:** Lars *kann* nicht nur eine eigene Vaterschaftsanerkennung abgeben; trotz seiner nur beschränkten Geschäftsfähigkeit *muss* er dieses sogar tun, § 1596 Absatz 1 Satz 1 BGB! Dieses folgt aus dem Grundsatz der Höchstpersönlichkeit der Vaterschaftsanerkennung. Um den minderjährigen Lars vor den Folgen einer falschen oder einer leichtfertig abgegebenen Vaterschaftsanerkennung zu schützen, bedarf es zusätzlich einer zustimmenden Erklärung seiner Eltern, § 1596 Absatz 1 Satz 2 BGB.